



Niederschrift

30. Sitzung Hauptausschuss

21. Juni 2022, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus Marktplatz

Vorsitz: Erste Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz

2.

Punkt 2 der Tagesordnung: Systematische Bürgerbeteiligung weiterentwickeln

Antrag: CDU

Vorlage: 2022/0486

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Mit Stellungnahme erledigt, keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung. Der Antrag sei verwiesen worden aus der Gemeinderatssitzung vom 31. Mai 2022.

Stadtrat Pfankuch (CDU) weist darauf hin, es handle sich um eine Idee seiner Fraktion, welche jetzt auch von der Verwaltung weiterbetrieben werde. Es sei effizient, wenn man sich, was Bürgerbeteiligungsverfahren angehe, eine gewisse Übung aneigne und sich die „Best Practice“-Idee durchsetze. Dadurch könne schneller auf Ideen und Bewegungen innerhalb der Bürgerschaft reagiert werden.

Deshalb sei auch das Thema sehr spannend, was die digitale Beteiligung angehe. Man werde die weiteren Maßnahmen wohlwollend und mit Genugtuung begleiten.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) bedankt sich für die Initiative und die Darstellung dessen, was gerade laufe. Ihre Fraktion befürworte die Neuauflegung des Konzepts zur Beteiligung von Bürger*innen. Sie bitte allerdings darum, dass hier konsequent gegendert werde und man alle Geschlechter mit dem neuen Konzept anspreche. Geschlechtliche Vielfalt sei nur ein Diversitätsmerkmal der Gesellschaft. Welche Menschen beteiligten sich aktuell in dem Arbeitskreis? Wie passe dies zur Zusammensetzung der Gesellschaft? Wie werde dafür Sorge getragen, dass künftig

möglichst eine Beteiligung erreicht werde, die in ihrer Diversität die Zusammensetzung der Gesellschaft gut widerspiegeln?

Herr Soppa (Amt für Stadtentwicklung) antwortet, im Arbeitskreis Bürgerbeteiligung seien 20 verschiedene Dienststellen der Stadt Karlsruhe vertreten. Das Gremium bestehe aus den Fachdienststellen, die Beteiligungen aktiv durchführten.

Stadtrat Hock (FDP) bekennt, Bürgerbeteiligung habe in den letzten Jahren von Seiten der Verwaltung immer stattgefunden. Allerdings seien manche Veranstaltungen sehr spärlich besucht. Man müsse versuchen, es in der Breite besser aufzufächern, damit auch alle Bevölkerungsschichten zu den Veranstaltungen kämen. Es sei wichtig, dass auch stille Gruppen gehört würden. Man müsse die Menschen dazu bringen, sich zu beteiligen.

Stadträtin Melchien (SPD) stellt fest, es werde immer auf aktuelle Entwicklungen reagiert. Je nach Thema oder Zielgruppe werde spezifisch gearbeitet. Herausragend gelinge dies im Bereich der Kinder und Jugendlichen. Es beteiligten sich Kinder und Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Schichten.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) merkt an, seine Fraktion habe das Anliegen, dass von Seiten der Stadt die Bürger, die zur Miete wohnten, noch aktiver angesprochen werden. Bei Bürgerbeteiligungen für Bebauungsverfahren seien oft nur diejenigen dabei, die dort Wohneigentum hätten. Die Menschen, die aber direkt betroffen seien, weil beispielsweise ihre Mietwohnung abgerissen werde, beteiligten sich fast gar nicht. Oft habe man das Gefühl, dass diese Menschen auch zu spät erfahren, was dort vorgesehen sei. Sie müssten beispielsweise durch Aushänge oder Flyer darüber informiert werden, dass sie die Möglichkeit hätten, sich zu beteiligen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) meint, ihm sei die Situation in der Kolberger Straße noch präsent. Dort habe es einen Rahmenplan gegeben. Die Bürgerbeteiligung lag jedoch so lange zurück, dass man die Einzelheiten nicht mehr kannte. Es erscheine schwierig, wenn die Dinge nicht zeitnah umgesetzt würden. Seine Fraktion habe damals den Ergänzungsantrag gestellt, dass visuell sichtbar gemacht werde, was geplant sei, damit man es sich besser vorstellen könne. Diese würde man sich für die Zukunft wünschen.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Anregungen. Karlsruhe habe eine sehr breite Bürgerbeteiligung im Vergleich zu anderen Städten. Man habe in vielen Bereichen sogenannte vorgezogene Bürgerbeteiligungsverfahren. Nichtsdestotrotz sei die Kommunikationslinie oft sehr schwierig zu lösen. Daher werde man im Bürgerbeteiligungsverfahren zukünftig auch die Social Media Kanäle nutzen. Allerdings nutzen viele Menschen auch die Stadtzeitung, in welcher alle Einladungen veröffentlicht seien. Wichtig sei, dass die Bürger animiert werden, dann auch zukommen.

Die Informationen werden noch in die Arbeitsgruppen einfließen, dass man noch einmal genau schaut, wie man das Thema Kommunikation verbessere. Sie gehe davon aus, dass der Antrag damit erledigt sei.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
1. Juli 2022